

Türkischer Geheimdienst in Aktion

Gut 100 Anwerbeversuche in Deutschland

BERLIN - Das Bundesinnenministerium hat am Donnerstag eingeräumt, dass es Anwerbeversuche des türkischen Geheimdienstes MIT gegeben hat - und dass man insbesondere im Jahr 2017 befürchtete, oberste Bundesbehörden könnten dadurch infiltriert werden. Die Berliner Bundestagsabgeordnete Evrim Sommer (Linke) hatte die Regierung gefragt, wie viele Verdachtsfälle türkischer Spionage der Bundesregierung 2017 und 2018 bekanntgeworden seien. Genaue Daten dazu gab es in der Antwort allerdings nicht. Innenstaatssekretär Günter Krings (CDU) schrieb: Die Informationen berührten „schutzbedürftige Geheimhaltungsinteressen, so dass das Staatswohl gegenüber dem parlamentarischen Informationsrecht überwiegt“. Die Beantwortung könnte deshalb auch „in eingestufteter Form nicht erfolgen“.

Aus Sicherheitskreisen ist zu hören, dass bundesweit mehr als 100 gescheiterte Anwerbe- und Abschöpfungsversuche durch den MIT stattgefunden haben dürften. In diesen Fällen hinderten die deutsche Spionageabwehr und aufmerksame Beamte in den von Ankara ins Visier genommenen Behörden mutmaßliche türkische Agenten daran, an Informationen zu kommen. Die Formulierung, dass auch in „eingestufteter Form“ keine Auskunft gegeben werden könne, bedeutet: Das Innenministerium gibt der Abgeordneten selbst dann keine nähere Auskunft, wenn diese sich zur Geheimhaltung verpflichtet. „Es ist beängstigend“, sagte Evrim Sommer, „dass sich die Bundesregierung hinter dem Staatswohl versteckt, um die Anwerbeversuche türkischer Geheimdienste in deutschen Behörden unter den Teppich zu kehren.“

Beamte verhinderten, dass türkische Agenten Infos erhielten

Vor dem Staatsbesuch des türkischen Präsidenten Erdogan im September hatten Tagesspiegel-Recherchen ergeben, dass ein Berliner Polizist im Verdacht steht, Ankaras Geheimdienst über in Berlin lebende türkische Oppositionelle informiert zu haben. Dabei ging es offenbar um die Meldeadressen der Exilanten. Die Polizei erklärte damals: „Wenn sich der Verdacht der Übermittlung sensibler Daten an die türkische Botschaft gegen einen unserer Kollegen im Zuge der bereits laufenden Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft und das LKA bestätigen sollte, wurde hier nicht nur ein Dienstleid gebrochen, sondern eine schwere Straftat begangen.“ Die Ermittlungen seien auch durch die Veröffentlichung erschwert worden, hieß es danach, der Verdacht konnte nicht erhärtet werden. HANNES HEINE

„Auf die Werte kommt es an“

Europas oberster Rabbiner Pinchas Goldschmidt über das Verhältnis zu Muslimen und Rechten

Steht Ihnen ein frommer Muslim näher als ein säkular-agnostischer Humanist?

Es kommt darauf an, welche Werte beide vertreten. Falls der Atheist kein Antisemit ist und mich als Mitbürger und Angehöriger einer religiösen und ethnischen Minderheit akzeptiert, habe ich kein Problem mit ihm. Falls andererseits ein Muslim in seiner Moschee gegen das Judentum predigt, steht er mir natürlich sehr fern. Allerdings fällt es religiösen Menschen in einer zunehmend säkularen Welt leichter, zueinander zu finden. Gemeinsam kämpfen sie gegen die Einschränkungen religiösen Lebens in Europa, wie etwa bei der Beschneidungsdebatte.

Sie meinen den Versuch, Beschneidungen als Körperverletzung zu werten und daher zu verbieten.

Ja, da waren christliche, jüdische und muslimische Geistliche auf einer Seite. Sie haben verstanden, dass dies Anschläge auf die Religionsfreiheit sind. Das war auch so, als es um ein Verbot des Schächtings ging.

Häufen sich derartige Anschläge auf die Religionsfreiheit?

Bis vor wenigen Jahren hatten Juden, die in Europa leben, keine Probleme mit der Beschneidung. Mit der Migration vieler Menschen aus dem Nahen Osten und Nordafrika gibt es in Europa weniger als zwei Millionen Juden, aber vierzig Millionen Muslime. Die Beschneidungsdebatte ist eine Art Kollateralschaden der ausländereindlichen Stimmung.

Sie haben vor drei Jahren den Muslim-Jewish-Leadership Council ins Leben gerufen. Warum ist Ihnen der Dialog mit Muslimen so wichtig?

Wenn wir von Europas Zukunft sprechen, ist ein solcher Dialog äußerst notwendig. Beide Gruppen sind Minderheiten. Und wenn jüdische Kinder in der Öffentlichkeit gefahrlos mit einer Kippa herumlaufen wollen, ob in Berlin oder Paris, geht das nur ohne Antisemitismus. Entscheidend für ein Europa, in dem 10 bis 15 Prozent Muslime leben, ist nicht, ob Frauen ein Kopftuch tragen oder Männer Frauen die Hand geben. Entscheidend ist, dass Muslime nicht akzeptieren dürfen, dass im Namen ihrer Religion Gewalt gegen Minderheiten und Andersgläubige ausgeübt wird. Da verläuft die rote Linie.

Hat der Antisemitismus in Europa seit 2015 durch die Flüchtlinge zugenommen?

Von Flüchtlingen selber kamen sehr wenige Attacken gegen Juden. Stärker aber sind ultrarechte Parteien geworden, die glauben, sich gegen die Migration wehren zu müssen. In Deutschland, anders als in anderen westeuropäischen Ländern, werden die meisten antisemitischen Angriffe nicht von Muslimen verübt, sondern von Ultrarechten.

Welchen Anteil trägt die Religion des Islam am Antisemitismus?

Das heutige Problem ist der Israelisch-Palästinensische Konflikt, der den Antisemitismus verstärkt hat. Aber auch die Geschichte spielt eine Rolle. Wenn wir uns



Pinchas Goldschmidt, 55 Jahre alt, ist Oberrabbiner von Moskau und seit 2011 der Präsident der Europäischen Rabbinerkonferenz. In diesen Tagen erscheint sein Buch „An die Gemeinschaft und an die Welt - Gedanken zu drängenden Fragen der Zeit“ (Verlag Hentrich & Hentrich, Berlin 2018).

Foto: Kai-Uwe Heinrich

mit christlichen Würdenträgern treffen, diskutieren wir manchmal immer noch darüber, was vor 2000 Jahren geschehen ist. Mit muslimischen Geistlichen reden wir über die vergangenen achtzig Jahre.

Vor drei Jahren, nach den Anschlägen auf das französische Satiremagazin „Charlie Hebdo“, hat die Europäische Rabbinerkonferenz ein Manifest gegen religiösen Fanatismus verabschiedet. Was fordern Sie?

Die Antwort der Ultrarechten in Europa auf die Anschläge war, jetzt den Islam bekämpfen zu müssen - an allen Fronten, vom Beschneidungs- über das Schächtings- bis zum Kopftuchverbot. Wir dagegen wenden uns gegen den religiösen Extremismus, nicht gegen die Weltreligion des Islam. Dafür hatten wir drei Ideen. Erstens die vollständige Transparenz von Spenden an religiöse Organisationen. Extremismus braucht Geld, jemand muss ihn finanzieren. Woher das Geld kommt, muss transparent sein, um Extremismus so den Nährboden zu entziehen.

Zweitens muss die Ausbildung von Geistlichen in europäischen Ländern erfolgen oder durch eine europäische Instanz zertifiziert worden sein. Und drittens: Es muss in jeder Glaubensgemeinschaft ein Mitglied geben, das darauf achtet, dass religiöse Texte nicht für extremistische Zwecke manipuliert und verwendet werden.

Wie war die Resonanz?

Wir haben das Manifest an alle Regierungen innerhalb der Europäischen Union verschickt. Sieben haben uns geantwortet, zwei Länder - Österreich und Frankreich - haben die Ideen akzeptiert und umgesetzt. Auf eine Antwort aus Deutschland warten wir noch.

Welchen Anteil haben rechtspopulistische Parteien am Antisemitismus?

Der öffentliche Diskurs ist viel extremer geworden als früher, Ressentiments, Hass und Falschinformationen können ungehindert über soziale Medien verbreit-

tet werden. Menschen am Rande der Gesellschaft, das hat sich in Pittsburgh gezeigt, können radikalisiert werden. Weil sie glauben, ihre Heimat beschützen zu müssen, nehmen sie ein Gewehr und ermorden Juden in einer Synagoge.

Einige dieser rechtspopulistischen Parteien geben sich sehr israelnah. Was halten Sie davon?

In vielen europäischen Ländern versuchen extrem rechte Parteien, jüdische Gemeinden zu erobern - aber nicht, weil sie Juden mögen, sondern weil sie sich davon einen Koscherstempel für ihre Ideologien erhoffen. Wir waren in der vergangenen Woche in Israel und haben genau darüber mit der politischen Elite gesprochen. Wir haben den israelischen Politikern klar gesagt: Ihr dürft keinen Koscherstempel geben. Das Thema war der Hauptgrund unserer Reise.

— Das Gespräch führte Malte Lehming.

Bundestag unterstützt Migrationspakt

BERLIN - Der Bundestag hat dem umstrittenen UN-Migrationspakt seine Zustimmung erteilt. Die Mehrheit der Abgeordneten votierte am Donnerstag in namentlicher Abstimmung für einen Entschließungsantrag der Koalition, der für das Abkommen der Vereinten Nationen warb. 372 Parlamentarier stimmten mit ja, 153 mit Nein. Es gab 141 Enthaltungen. Der Pakt liege „im deutschen Interesse“ heißt es in dem Antrag von Union und SPD. Darin wird klargestellt, dass die nationale Souveränität Deutschlands „nicht zur Disposition“ stehe. Die Abgeordneten lieferten sich eine heftige Debatte, die AfD verdammt den Pakt als „trojanisches Pferd“.

180 Länder wollen das Abkommen im Dezember beim UN-Gipfel annehmen

Mehr als 180 Länder wollen das Abkommen auf dem UN-Gipfel am 10. und 11. Dezember im marokkanischen Marrakesch annehmen, darunter Deutschland. Die Zustimmung des Bundestags ist dafür nicht erforderlich, doch war in den vergangenen Wochen heftige Kritik laut geworden: Befürwortung, dass der Pakt die Selbstbestimmung Deutschlands in Migrationsfragen untergraben könnte, hatte zunächst vor allem die AfD geäußert. Später zeigten sich auch Unionspolitiker skeptisch und forderten eine Klarstellung, dass keine Regelungen durch die Hintertür eingeführt werden, auf die das deutsche Parlament keinen Einfluss mehr hat.

So erarbeiteten Union und SPD den Antrag „Mit dem Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration die internationale Zusammenarbeit in der Migrationspolitik stärken und Migration besser regeln und steuern“ in dem hervorgehoben wird, dass der „Bundestag rechtsändernde oder rechtssetzende Entscheidungen zur Migration trifft“.

Außenminister Heiko Maas (SPD) verteidigte sich im Bundestag gegen Vorwürfe, dass die Inhalte des Paktes nicht frühzeitig und ausreichend kommuniziert worden seien. Die Öffentlichkeit sei von Anfang an eingebunden gewesen, betonte er und fügte hinzu: „Der globale Pakt ist keine internationale Verschönerung. Er ist ein Akt der Vernunft.“

Der „Vertrag für sichere, geordnete und geregelte Migration“ der Vereinten Nationen gibt 23 Ziele vor, enthalten sind auch Maßnahmen zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Die USA, Österreich, Italien, die Schweiz und weitere Länder haben angekündigt, dass sie dem Pakt vorerst nicht beitreten wollen.

Der FDP-Abgeordnete Alexander Graf Lambsdorff sagte, die Debatte zeige, wie Feinde der offenen Gesellschaft handeln. Es sei viel Falsches über den Pakt behauptet worden. Er sprach die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel persönlich an: Migration finde überall statt. Sie sei ja auch in die Schweiz migriert. epd

Zu viel Gift im Paket

Bundesrat macht Front gegen Grundgesetzänderung

BERLIN - Ist sie nun eine Beglückung? Oder ein vergiftetes Geschenk? Für die erste Auslegung entschied sich SPD-Fraktionsvize Achim Post. Die am Donnerstag vom Bundestag mit sehr großer Mehrheit (alle außer der AfD) beschlossene Grundgesetzänderung sei ein „Meilenstein, um den Zusammenhalt in unserem Land zu stärken“. Der Bund soll wieder Mittel aus seinem Etat für Aufgaben der Länder und Kommunen ausschütten dürfen, und zwar für Bildung, sozialen Wohnungsbau und den öffentlichen Personennahverkehr.

Breite Mehrheit im Bundestag ist dafür, der Bundesrat geschlossen dagegen

Im Bundestag hat man sich für die andere Auslegung entschieden. Alle Länder haben signalisiert, dass sie die Grundgesetzänderung so nicht mitmachen werden. Und damit droht am 14. Dezember in der Länderkammer die breiteste mögliche Front gegen den Meilenstein. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) kündigte an, was es schon länger nicht mehr gegeben hat: ein Vermittlungsverfahren zwischen Bundestag und Bundesrat. Es ist vor allem eine Formulierung im geplanten Grundgesetzartikel 104b, welche die Ministerpräsidenten einmütig erbot. Demnach wären die Mittel des Bundes „in jeweils mindestens gleicher Höhe durch Landesmittel für den entsprechenden Investitionsbereich zu ergänzen“. Genau diese Kofinanzierung betrachten die Länder aber als Zumutung. Immerhin mischt sich der Bund ja in ihre Aufgaben ein, auch wenn das Geld willkommen ist. Weniger

starke Länder beklagen, dass solche Mitfinanzierungspflichten oft schwierig einzuhalten seien. Gerade das aber ist der Grund, warum die mächtigen Haushälter im Bundestag diesen Passus durchdrückten. Sie wollen verhindern, so die Erklärung des CDU-Abgeordneten Eckhardt Rehberg, dass die Länder die Bundesmittel einstecken, aber eigene Mittel für diese Aufgaben anderswo ausgeben.

Einige stärkere Länder, angeführt vom Stuttgarter Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, wollen allerdings auch den eigentlichen Kern des Verfassungsänderungspaketes verhindern - die Neufassung des Artikels 104c. Auf den sind sie freilich im Bundestag besonders stolz. Doch die Neuformulierung des Artikels ist sehr auslegungsfähig. Denn wie weit darf sich der Bund künftig mit Geld und Vorgaben einmischen, wenn dort künftig steht: „Der Bund kann den Ländern zur Sicherstellung der Qualität und der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen sowie mit diesen verbundene besondere unmittelbare Kosten der Länder und Gemeinden im Bereich der kommunalen Bildungsinfrastruktur gewähren.“ Die Ansichten gehen auseinander. Eher defensiv legt Unions-Fraktionsvize Andreas Jung die Möglichkeiten aus. Man sei sich mit Kretschmann einig, dass der Bildungsföderalismus, also die generelle Zuständigkeit der Länder, nicht eingeschränkt werden dürfe. Diese Einschränkung aber ist das erklärte Ziel von FDP-Fraktionschef Christian Lindner, den Grünen und den Linken im Bundestag (mit stillschweigendem Beifall aus der SPD), die nun alle das „Kooperationsverbot“ gefällt sehen. Das Vermittlungsverfahren könnte hart werden. ALBERT FUNK

Wenn die Kümmerer aufmucken

Bei den sozialdemokratischen Bürgermeistern wächst die Kritik an der Berliner Parteiführung

BERLIN - Es ist so etwas wie eine Versammlung der Kümmerer und Macher in der SPD. An diesem Freitag kommen im Fraktionssaal der Sozialdemokraten im Bundestag rund 150 sozialdemokratische Lokalpolitiker aus dem ganzen Land zusammen. Eingeladen hat sie der Abgeordnete Bernhard Daldrup, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. „Da kann es sicherlich nicht nur fröhlich zugehen“, sagt er über das Treffen. „Das muss es aber auch nicht.“ Kommunalpolitiker, so sagt Daldrup, seien nun mal dafür bekannt, Klartext zu reden. Und Klartext, das bedeutet in diesem Fall vorwiegend auch Kritik an der SPD-Spitze um Parteichefin Andrea Nahles, die als Rednerin geladen ist.

Nahles muss den „Kommunalen“, wie sich die SPD-Lokalpolitiker nennen, einiges erklären. Denn viele der Bürgermeister und Landräte sind sauer auf die Führung. Abgehoben sei das Personal im Willy-Brandt-Haus, lautet oftmals ihr Vorwurf. Vom „Raumschiff Berlin“ spricht zum Beispiel Olaf Schade, Landrat im nordrhein-westfälischen Ennepe-Ruhr-Kreis. „Viele von der Bundesspitze täten gut daran, öfter mal vor Ort zu sein“, sagt er. Anstatt sich um die Sorgen und Nöte der Bürger zu kümmern, verliere sich der SPD-Vorstand in ideologischen „Mega-Debatten“.

Dass die SPD-Spitze heiklen, aber wichtigen Themen aus dem Weg gehe - diese Kritik teilen viele sozialdemokratische Kommunalpolitiker. Genau das ist ihrer Meinung nach auch der Grund für die Misere der Bundes-SPD, die in den Umfragen auf Werte unter 15 Prozent abgesackt ist (siehe Grafik). In vielen Städten und Gemeinden sind die Genossen dage-

gen noch immer stark vertreten. In sieben der zehn größten deutschen Städte stellen sie den Bürgermeister, erreichen bei Stadtratswahlen häufig mindestens ein Drittel der Stimmen. Deshalb sehen sich die SPD-Kommunalpolitiker im Recht mit ihrer Kritik an der Parteiführung - und wollen ihr am Freitag im Bundestag auch Tipps geben, wie man erfolgreich Politik macht.

Die Kritik der „Kommunalen“ zeigt einmal mehr die Zerrissenheit der SPD. Es gibt eine Kluft zwischen Basis und Führung, zwischen den meist konservativen Lokalpolitikern und den häufig eher links-liberalen Parteifunktionären, die zu überbrücken der Parteiführung immer schwerer fällt.

Die Spaltung macht sich vor allem am Reizthema Migration fest. „Wir haben zur Migration als SPD keine klare Position“, sagt Frank Baranowski, der Oberbürgermeister von Gelsenkirchen. Er ist

Vorsitzender der „Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik“ (SGK) und damit der Wortführer der SPD-Lokalpolitiker. Er will unbedingt über die Zuwanderung aus Südosteuropa in deutsche Städte diskutieren und Probleme offen ansprechen - „ohne ideologische Keule“, betont er. Aber die Funktionäre machen da nicht mit. „Beim Thema Zuwanderung stelle ich fest, dass das Problembewusstsein kleiner wird, je höher man in den Ebenen der Partei geht“, sagt Baranowski.

Der Gelsenkirchener OB hat Nahles zuletzt scharf kritisiert. Sie binde die Kommunalen zu wenig in die Parteireform ein, nehme die Ehrenamtlichen an der Basis nicht mit. Zu oft gäben Funktionäre den Ton an, nicht die Basis. Die von Nahles versprochene „Erneuerung“ drohe, eine „Worthülse“ zu bleiben.

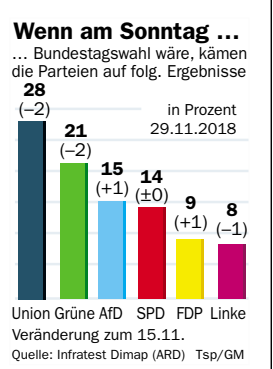
Bei etlichen sozialdemokratischen Bürgermeistern scheint Nahles ihren Kredit

ARD-DEUTSCHLANDTREND

SPD im Bund nur noch vierte Kraft hinter AfD

Die Krise der Sozialdemokraten unter der Führung von Parteichefin Andrea Nahles und Vizekanzler Olaf Scholz verfestigt sich. Im aktuellen Deutschlandtrend von Infratest Dimap für das ARD-Morgenmagazin verharrt die SPD bei 14 Prozent und wird von der AfD überholt. Die Rechtspopulisten können im Vergleich zur Befragung Mitte November um einen Prozent-

punkt auf 15 Prozent zulegen und belegen nun den dritten Platz. Wäre am kommenden Sonntag Bundestagswahl, würde die Union mit 28 Prozent (plus zwei Punkte) am Besten abschnitten, gefolgt von den Grünen (21 Prozent, minus zwei Punkte). Die FDP käme auf neun Prozent (plus einen Punkt), die Linke auf acht Prozent (minus einen Punkt).



Wofür steht die SPD, für wen kämpft sie? Auch der Kommunalexperte der SPD-Bundestagsfraktion Daldrup wünscht sich vom SPD-Vorstand klarere Botschaften. Die scharfe Kritik der Kommunalpolitiker will Daldrup aber nicht auf der Bundes-SPD sitzen lassen. Die versuche ihr Bestes, um in der Groko viel für Städte und Kreise herauszuholen, beteuert er. Zugleich erhofft er sich, dass die Parteiführung in Zukunft mehr parteiinterne Kontroversen zulassen wird, auch im Interesse der Kommunen. Andrea Nahles dürfte die Kritik der „Kommunalen“ nicht kalt lassen. Die SPD-Vorsitzende weiß genau: Wenn die gebeutelte deutsche Sozialdemokratie auch noch ihre Verankerung in den Städten und Gemeinden verliert, kann sie nicht mehr auf die Beine kommen. PAUL STARZMANN